

Das geht besser – aber nicht von allein!

Für die soziale Erneuerung Deutschlands.

Deutschland sozial gestalten! Das war die Forderung der Gewerkschaften an die Parteien im Bundestagswahlkampf. Das ist und bleibt der Maßstab für die Bewertung der Arbeit der großen Koalition. Doch vieles was die Regierung auf den Weg gebracht oder angekündigt hat, löst die Probleme nicht, sondern verschärft sie sogar.

Was ist geplant?

- Mit dem **Gesundheitsfonds** drohen den Versicherten weniger Leistungen, höhere Beiträge und Kopfpauschalen. Die Privatpatienten sollen fein raus bleiben.
- **Nullrunden** für die Rentnerinnen und Rentner. Weitere **Renten Kürzungen** durch die Rente mit 67.
- Immer mehr **Druck auf Arbeitslose**. Weitere Kürzungen sind nicht ausgeschlossen, Arbeitsplätze aber nicht in Sicht.
- Es fehlen NN **Ausbildungsplätze**. Nicht einmal ein Viertel der Betriebe bildet aus. Der Ausbildungspakt von Arbeitgebern und Bundesregierung hilft nicht weiter.
- Der **Kündigungsschutz** ist in Gefahr. Auch die **Mitbestimmung** ist unter Druck.
- Die **Mehrwertsteuererhöhung** macht das Leben der Menschen teurer. Gleichzeitig soll es neue **Steuergeschenke für Unternehmen** geben.

So kann es nicht weitergehen. Wir müssen gegensteuern. Wir fordern eine Politik für eine soziale Erneuerung. Eine Politik, die Sicherheit, Perspektiven und Vertrauen schafft.

Unsere Alternativen

- Wir wollen **Gesundheit für alle** Bürgerinnen und Bürger solidarisch und gerecht finanzieren – und keine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Wartezimmern.
- Wir wollen mehr **Arbeit für Jung und Alt** und eine auskömmliche gesetzliche **Altersrente für alle** – und keine Rente mit 67.
- Wir wollen **Löhne** und Gehälter, **die zum Leben reichen** – und keine Billigjobs.
- Wir wollen **mehr Ausbildung**. Firmen, die nicht selbst ausbilden, müssen durch eine Umlage an den Kosten der Ausbildung beteiligt werden. Außerdem wollen wir ein Sofortprogramm für 50.000 zusätzliche Ausbildungsangebote.
- Wir wollen, dass **Arbeitslose nicht verarmen** und zu Lohndumping gezwungen werden.
- Wir wollen mehr **Sicherheit und Mitbestimmung am Arbeitsplatz** – und keine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten.
- Wir wollen eine **Steuerpolitik**, die die Binnenkonjunktur stärkt und die **Kapitalgesellschaften fordert** – aber keine Mehrwertsteuererhöhung und weitere Geschenke für Konzerne.

Deshalb rufen die Gewerkschaften zum 21. Oktober alle Bürgerinnen und Bürger auf: Unterstützen Sie eine Politik, die das Leben und Arbeiten der Menschen wirklich verbessert.

**Demonstrieren Sie mit uns am 21. Oktober 2006
in Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Wiesbaden.**